

# 2. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Frühlingsession 2012



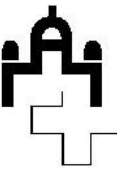
- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  3. Besuch im Bundeshaus

---

## 1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

3. Besuch im Bundeshaus



# In diesem Sessionsbericht informiere ich über die Frühlings-session, sowie über die Kommissionssitzungen bis dahin

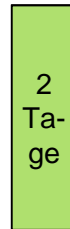
## Frühlings-session

27. Februar –  
16. März 2012



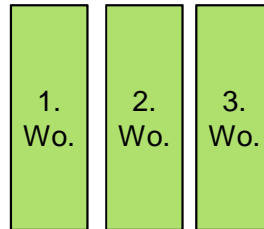
## Sonder-session

2. – 3.  
Mai 2012



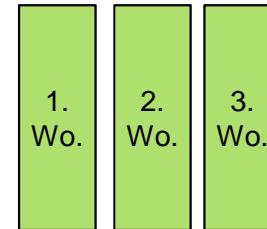
## Sommer-session

28. Mai –  
15. Juni 2012



## Herbstsession

10. – 28.  
September 2012



## Wintersession

26. November –  
14. Dezember 2012



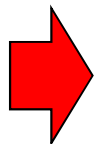
Kommissionssitzungen

Kommissionssitzungen

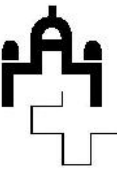
Kommissionssitzungen

Kommissionssitzungen

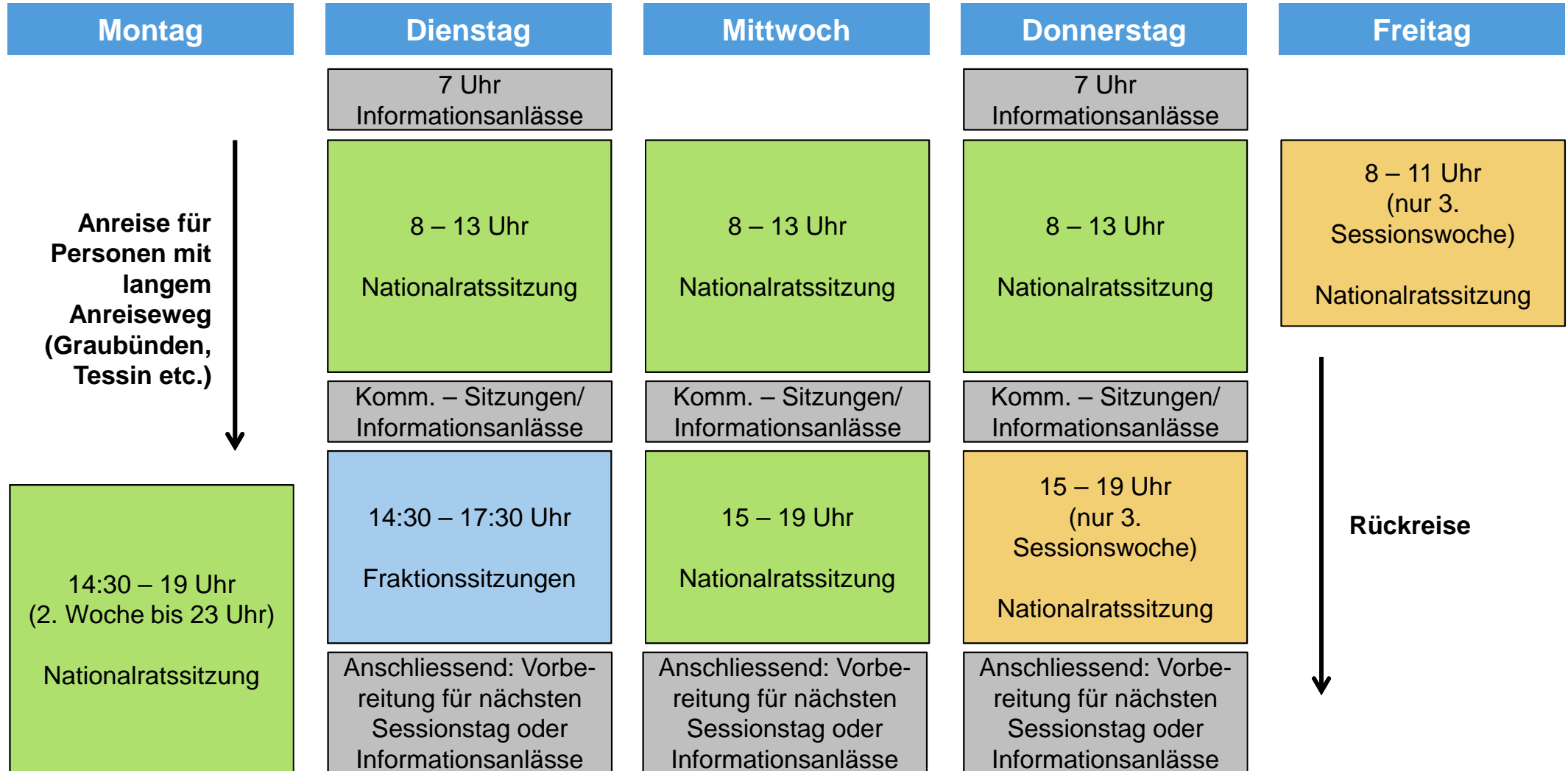
Jan. Feb. März April Mai Juni Juli Aug. Sept. Okt. Nov. Dez.



**Zusätzlich zu den Sessionen und Kommissionssitzungen finden Delegationssitzungen, Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt**



# Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen

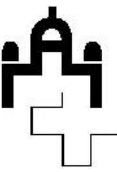


---

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

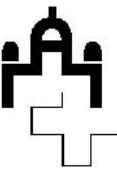
**2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session**

3. Besuch im Bundeshaus



# Dies waren die wichtigen Geschäfte der ersten Sessionswoche im Nationalrat

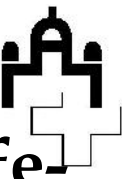
- **Zwangsheiraten:** Detailberatung der Vorlage gegen Zwangsheiraten, bei welcher die Anträge der SVP alle abgelehnt wurden (z.B. Ehen, die in Abwesenheit der Braut oder des Bräutigams geschlossen wurden, werden nicht anerkannt)
- **Pokerturniere unter klaren Auflagen zulassen:** Pokerturniere mit kleinen Einsätzen sollen auch ausserhalb des Familien- und Freundeskreises zugelassen werden. Der Nationalrat hat mit 165:2 Stimmen eine entsprechende Motion seiner Rechtskommission unterstützt
- **Steueramtshilfegesetz:** Das Steueramtshilfegesetz schafft Voraussetzungen für den erleichterten Informationsaustausch bei Steuerdelikten. Dieses wurde gegen den Willen der SVP gutgeheissen, welcher sich vergeblich gegen die weitere Lockerung des Bankgeheimnisses wehrte
- **Raumplanungsgesetz:** Der neuzusammengesetzte Nationalrat entschied anders als der alte Nationalrat. Neu müssen Landbesitzer eine Mehrwertabgabe von 20% leisten, wenn bei einer Neueinzonung in Bauland der Wert einer Parzelle steigt. Zugestimmt wurde auch einer Bestimmung, wonach Bauzonenreserven höchstens für 15 Jahre reichen sollen



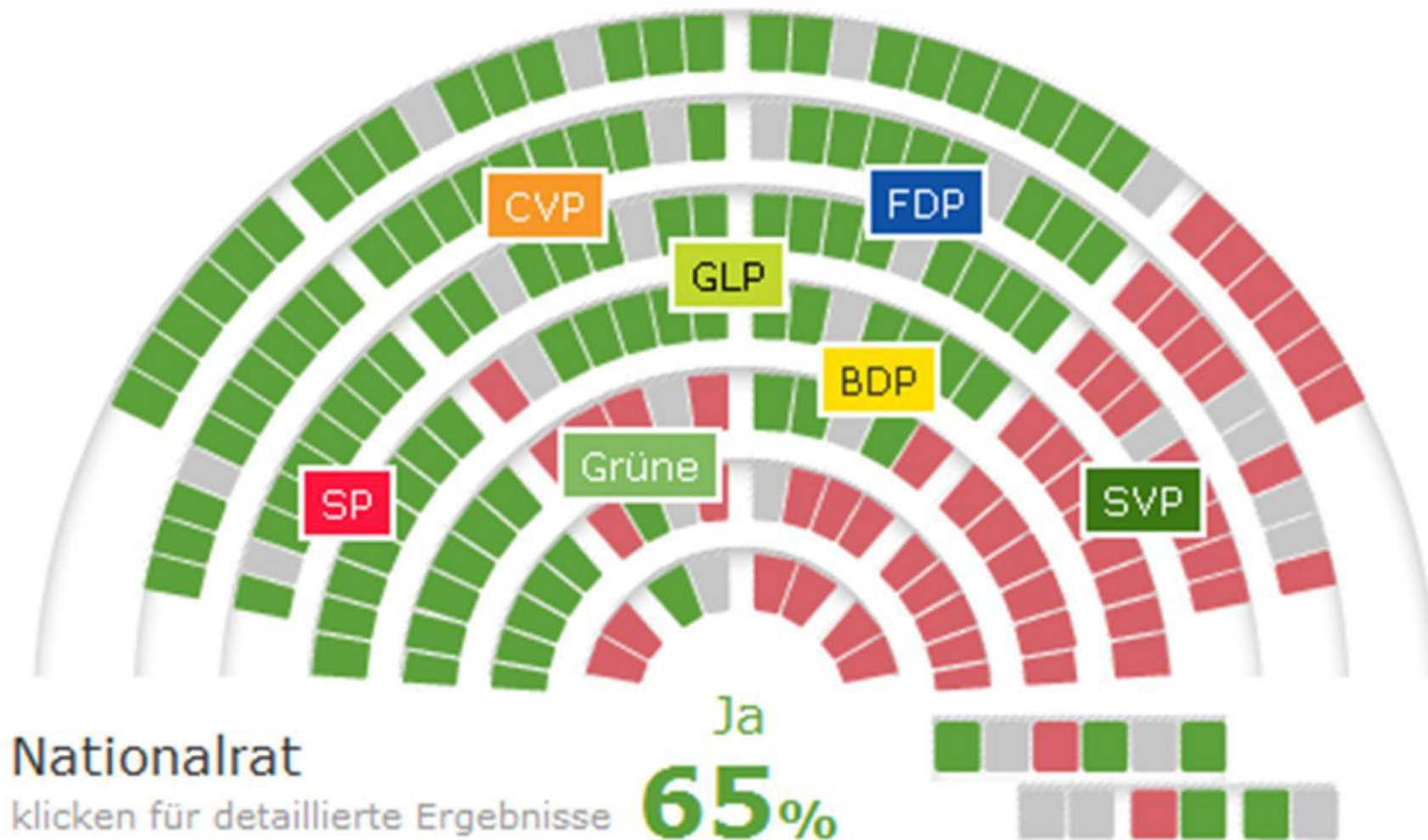
# Dies waren die wichtigen Geschäfte der ersten Sessionswoche im Ständerat

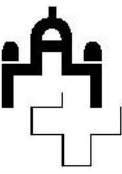
- **Via Sicura-Vorlage:** Der Ständerat hat bei der Differenzbereinigung der Via Sicura-Vorlage an einem **Mindestalter für Velofahrer** und an einer **Helmtragepflicht** festgehalten. Neu schlägt er zudem einen **Artikel zu Fussgängerstreifen** vor. Die Vorlage kommt nun zur Differenzbereinigung wieder in die Kommission des Nationalrats (KVF) und in der Sommersession nochmals in den Nationalrat
- **Verschärfte Prüfung von Volksinitiativen :** Entgegen dem Willen der SVP wurde eine Motion aus dem Nationalrat mit Stichentscheid des Präsidenten angenommen, wonach Volksinitiativen, die den Kerngehalt der Grundrechte verletzen, vom Parlament künftig noch vor einer Abstimmung für ungültig erklärt werden sollen. Der Bundesrat muss nun eine Verfassungsänderung ausarbeiten



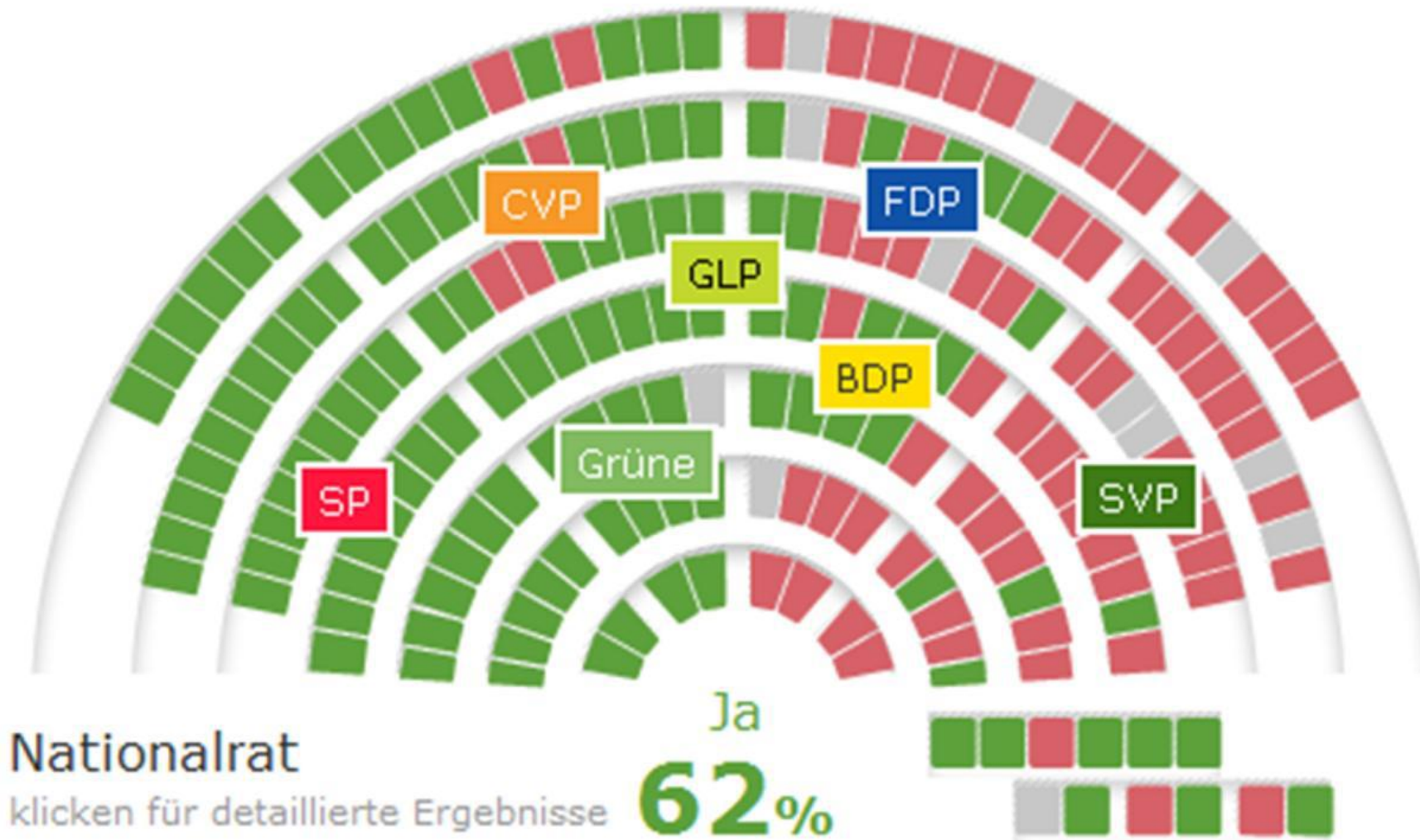


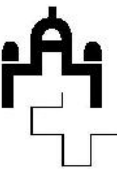
# Die SVP und Teile der SP wehrten sich gegen das Steueramtshilfegesetz, da neu Gruppenanfragen grundsätzlich zugelassen sind





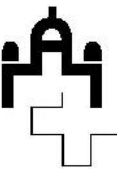
# Einführung einer Mehrwertabgabe von 20 Prozent bei einer Neueinzonung in Bauland im Raumplanungsgesetz





# Dies waren die wichtigen Geschäfte der zweiten Sessionswoche im Nationalrat (1/2)

- **Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA:** Ergänzung des Abkommens entgegen dem Willen der SVP. Damit leistet die Schweiz den USA künftig in Fällen von Steuerhinterziehung auch dann Amtshilfe, wenn sich die Anfrage auf eine Gruppe von nicht einzeln identifizierten Personen bezieht
- **Streumunition:** Der Ratifizierung des Übereinkommens über das Verbot von Streumunition wurde mit 146:26 Stimmen zugestimmt
- **Einkommen der Ratsmitglieder:** Mit 74:78 Stimmen bei 9 Enthaltungen wurde beschlossen, dass die Entschädigung und die Vorsorgebeiträge für die Parlamentarier nicht der Teuerung angepasst werden sollten
- **Unverjährbarkeit sexueller und pornografischer Straftaten an Kindern:** Schwere sexuelle Straftaten an bis zu 12-jährigen Kindern sollen nicht mehr verjähren. Das Geschäft geht nun in den Ständerat
- **Bonussteuer und „Abzocker-Initiative“:** Mit 100:87 Stimmen wurde beschlossen, dem Stimmvolk als Gegenvorschlag zur „Abzocker-Initiative“ die Bonussteuer vorzulegen. Zudem haben die Räte in einer von der SVP unterstützten Gesetzesrevision, die als indirekter Gegenvorschlag dienen soll, zentrale Punkte der Initiative aufgenommen

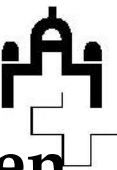


# Initiativtext der „Abzocker-Initiative“

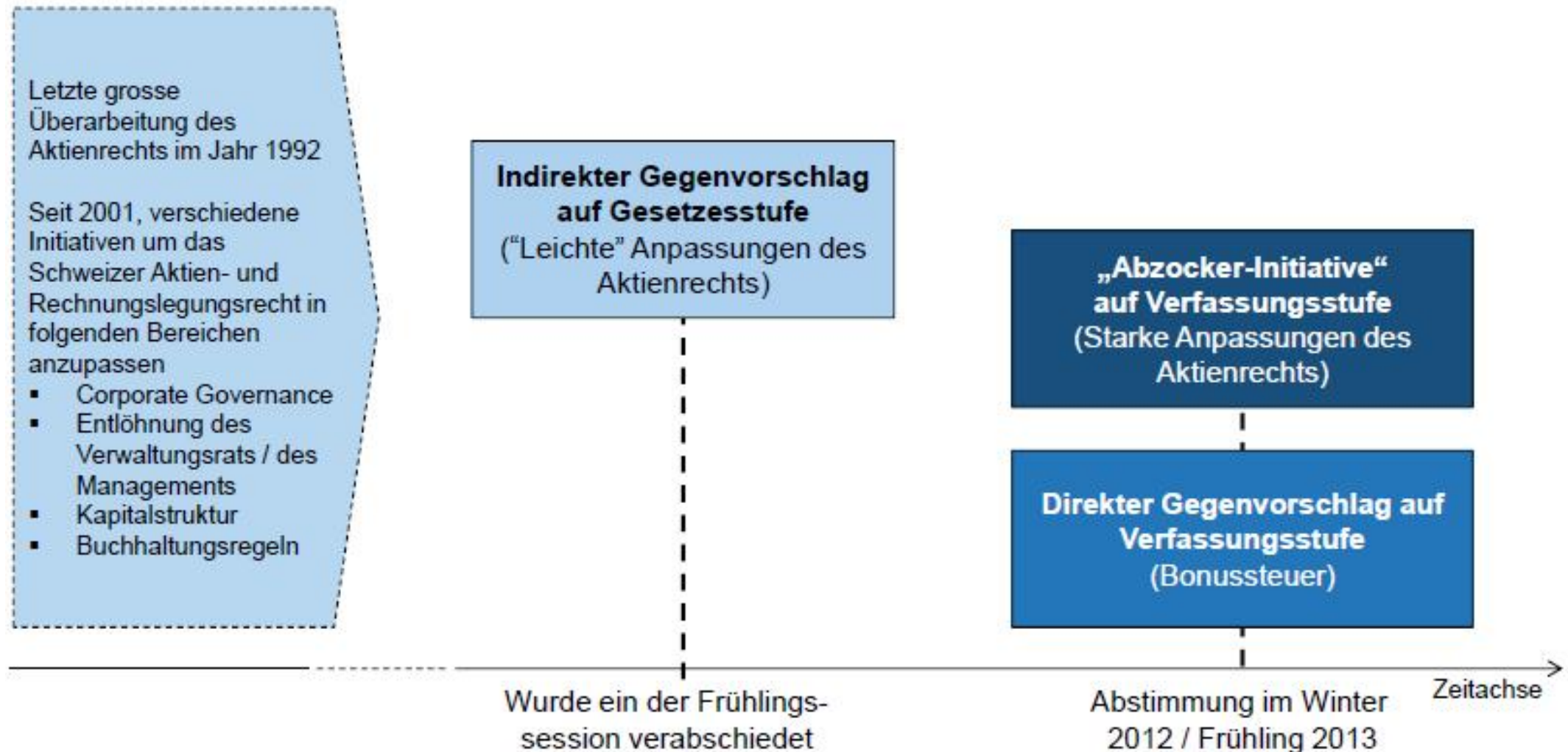
Art. 95 Abs. 3 (neu)

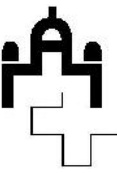
- Zum Schutz der Volkswirtschaft, des Privateigentums und der Aktionärinnen und Aktionäre sowie im Sinne einer nachhaltigen Unternehmensführung regelt das Gesetz die im In- oder Ausland kotierten Schweizer Aktiengesellschaften nach folgenden Grundsätzen:
  - **a.** Die Generalversammlung **stimmt jährlich über die Gesamtsumme aller Vergütungen** (Geld und Wert der Sachleistungen) des Verwaltungsrates, der Geschäftsleitung und des Beirates **ab**. Sie wählt jährlich die Verwaltungsratspräsidentin oder den Verwaltungsratspräsidenten und einzeln die Mitglieder des Verwaltungsrates und des Vergütungsausschusses sowie die unabhängige Stimmrechtsvertreterin oder den unabhängigen Stimmrechtsvertreter. **Die Pensionskassen stimmen im Interesse ihrer Versicherten ab und legen offen, wie sie gestimmt haben.** Die Aktionärinnen und Aktionäre können **elektronisch fernabstimmen**; die **Organ- und Depotstimmrechtsvertretung** ist untersagt.
  - **b.** Die Organmitglieder erhalten **keine Abgangs- oder andere Entschädigung, keine Vergütung im Voraus, keine Prämie für Firmenkäufe und -verkäufe** und **keinen zusätzlichen Berater oder Arbeitsvertrag** von einer anderen Gesellschaft der Gruppe. Die Führung der Gesellschaft kann nicht an eine juristische Person delegiert werden.
  - **c.** Die Statuten regeln die **Höhe der Kredite, Darlehen und Renten an die Organmitglieder**, deren **Erfolgs- und Beteiligungspläne** und deren **Anzahl Mandate ausserhalb des Konzerns** sowie die **Dauer der Arbeitsverträge der Geschäftsleitungsmitglieder**.
  - **d.** Widerhandlung gegen die Bestimmungen nach den Buchstaben a–c wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren und Geldstrafe bis zu sechs Jahresvergütungen bestraft.





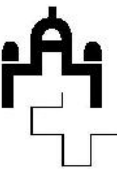
# Die „Abzocker-Initiative“ und der direkte Gegenvorschlag werden nochmals beraten und kommen dann zur Abstimmung





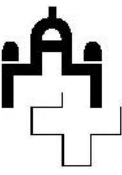
## Dies waren die wichtigen Geschäfte der zweiten Sessionswoche im Nationalrat (2/2)

- **Betäubungsmittelgesetz:** Neu wird ein Bussensystem für Kiffer ab 18 Jahren eingeführt: Wenn ein Kiffer mit weniger als 10gr Cannabis erwischt wird, kann er mit 200 CHF gebüsst werden, wird aber nicht mehr angezeigt. Die Vorlage geht nun in den Ständerat
- **Familienpolitik:** Der Nationalrat hat entgegen dem Willen der SVP mit 111:68 Stimmen bei einer Enthaltung einem Verfassungsartikel zur Familienpolitik zugestimmt. Damit soll in der Bundesverfassung verankert werden, dass Bund und Kantone die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern
- **Presseförderung:** Der Bundesrat soll neue Modelle zur staatlichen Presseförderung vorlegen. Entgegen dem Willen der SVP hat der Nationalrat mit 88:77 Stimmen eine Motion seiner SPK angenommen. Die Motion geht nun an den Ständerat
- **Epidemiengesetz:** Der Bund hat neu die Kompetenz, Impfungen für obligatorisch zu erklären, wenn aufgrund einer Epidemie eine aussergewöhnliche Lage droht

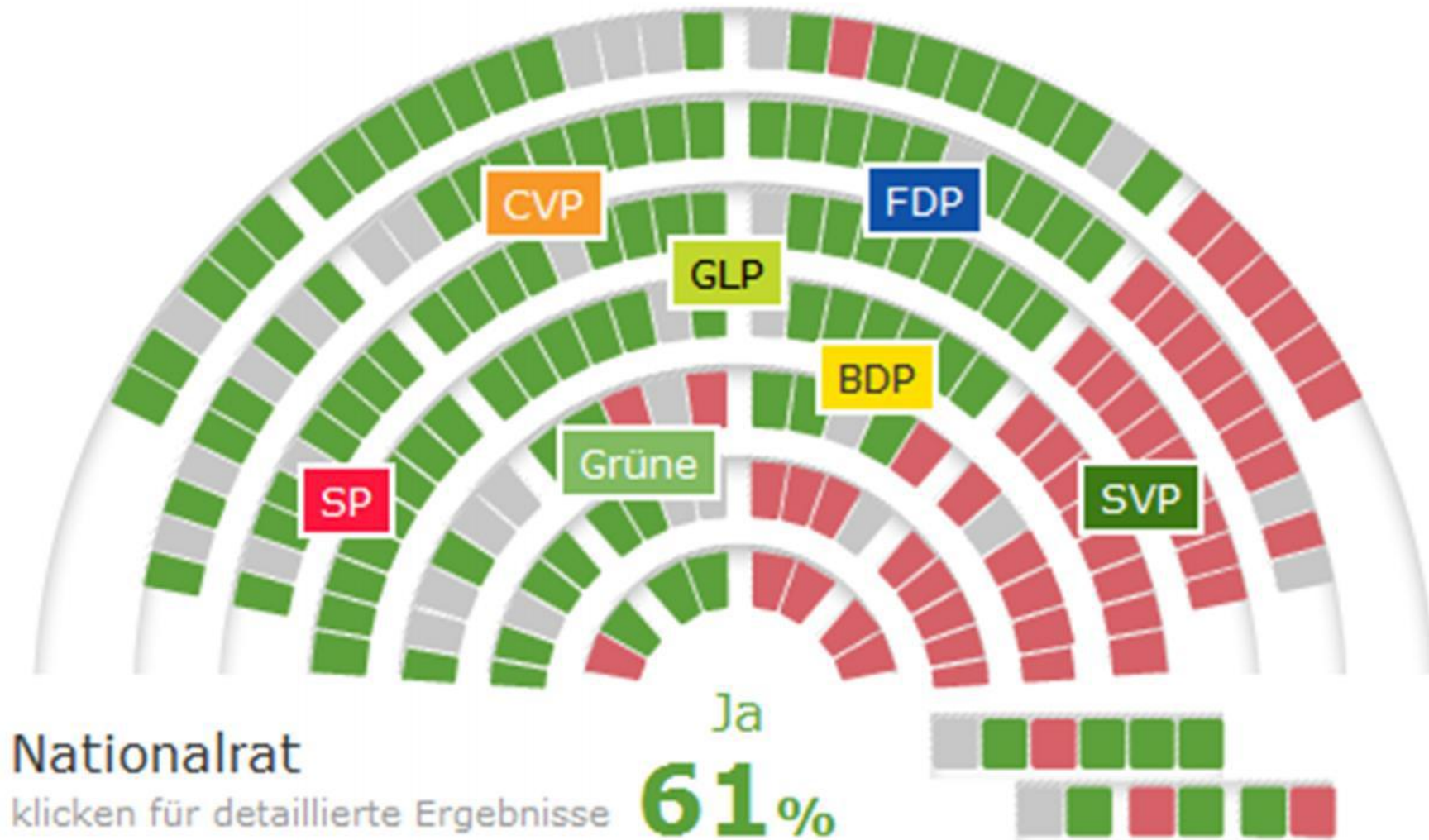


# Dies waren die wichtigen Geschäfte der zweiten Sessionswoche im Ständerat

- **Auslandreisen von vorläufig Aufgenommenen:** Personen mit F-Ausweis sollen nur noch in Ausnahmefällen Auslandreisen unternehmen dürfen. Der Ständerat überwies als Zweitrat eine Motion von Nationalrätin Sylvia Flückiger mit 20:17 Stimmen an den Bundesrat. Dieser muss nun eine entsprechende Regelung ausarbeiten
- **Pauschalbesteuerung:** Mit 35:0 Stimmen wurde der Vorschlag des Bundesrats unterstützt, die minimalen Steuersätze für Pauschalbesteuerte heraufzusetzen
- **Niederlassungsbewilligung für anerkannte Flüchtlinge:** Anerkannte Flüchtlinge sollen nach Meinung in der Schweiz nach wie vor besser gestellt sein als andere Ausländer und weiterhin bereits nach fünf Jahren Aufenthalt eine Niederlassungsbewilligung erhalten (nicht wie im Ausländerrecht nach 10 Jahren). Der Ständerat lehnte die Forderung nach Gleichbehandlung aus dem Nationalrat mit 22:12 Stimmen ab
- **Agrarfreihandelsabkommen mit der EU:** Der Ständerat folgte dem Nationalrat, welcher die Verhandlungen stoppen möchte, mit 26:16 Stimmen

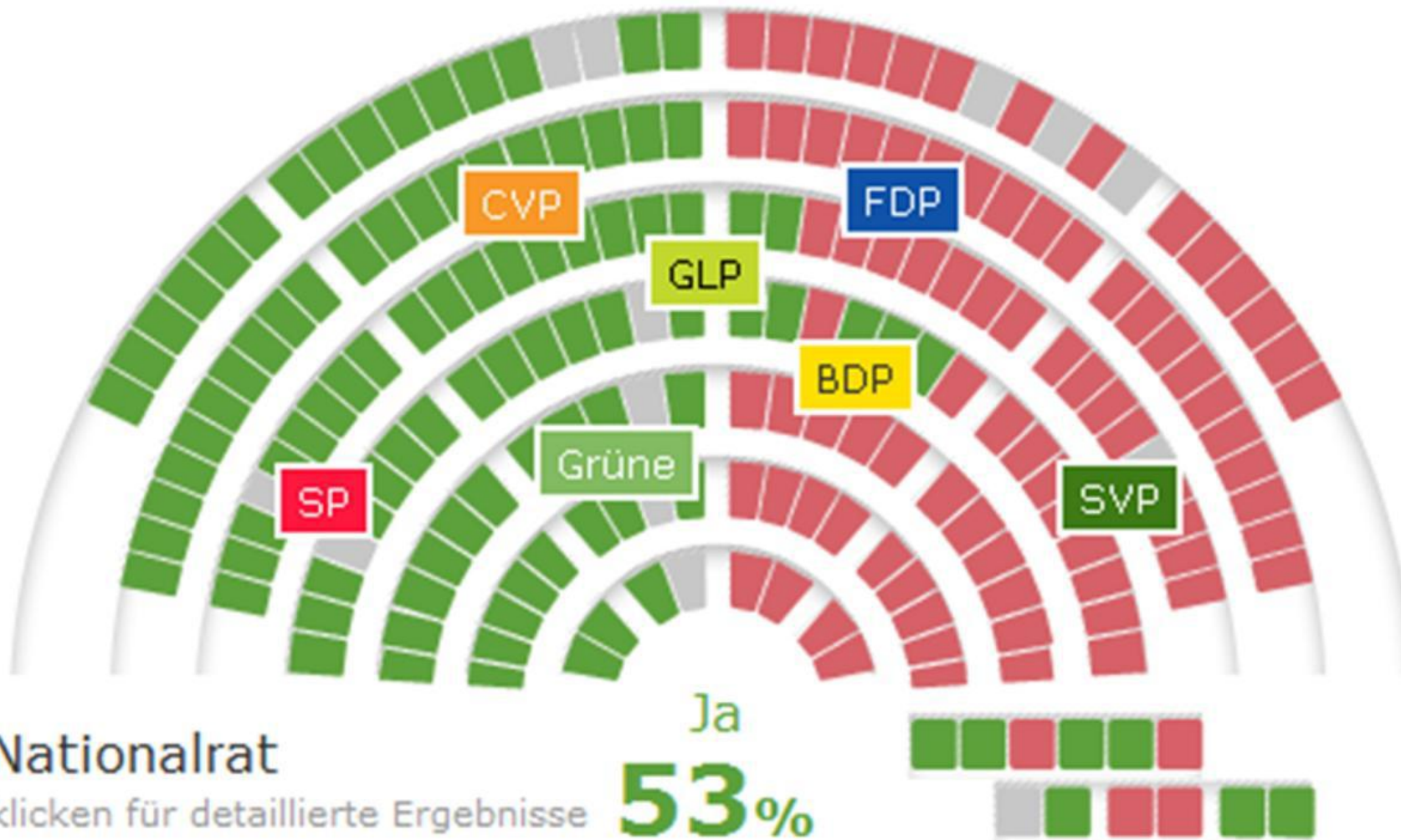


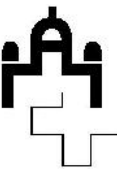
# Amtshilfe wird neu bei Steuerhinterziehung auch geleistet, wenn sich die Anfrage nicht auf klar definierte Personen bezieht





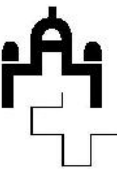
# Dem Stimmvolk wird als Gegenvorschlag zur „Abzocker-Initiative“ die Bonussteuer vorgelegt





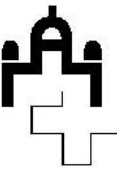
# Dies waren die wichtigen Geschäfte der dritten Sessionswoche im Nationalrat (1/2)

- **Aufgabenüberprüfung:** Der Bundesrat muss die Aufgabenüberprüfung in der Bundesverwaltung fortsetzen und dem Parlament darlegen, auf welche Aufgaben die Verwaltung verzichtet. Der Nationalrat hat eine vom Ständerat abgeänderte Motion mit dieser Forderung überwiesen
- **Stopp dem Lohndumping und dem Missbrauch bei Unteraufträgen:** Der Bund soll bei öffentlichen Aufträgen gegen Lohndumping vorgehen. Der Nationalrat hat eine Motion seiner WAK mit 105:59 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Diese verlangt eine Änderung des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen
- **ALV-Solidaritätsprozent:** Künftig soll auch auf den Lohnanteilen, die 315'000 CHF übersteigen, ein ALV-Solidaritätsprozent erhoben werden. Zurzeit wird auf Löhnen bis 126'000 CHF Beitrag an die Arbeitslosenversicherung von 2,2% erhoben. Auf Löhnen zwischen 126'000 und 315'000 Franken muss ein Solidaritätsprozent bezahlt werden. Der Nationalrat hiess nun eine Motion zur Aufhebung dieses Deckels mit 106:65 Stimmen entgegen dem Willen der SVP gut. Der Vorstoss geht nun in den Ständerat
- **Nachhaltige Milchproduktion:** Der Nationalrat hiess eine Motion von alt Ständerat Rolf Büttiker (FDP/SO) mit 96:67 Stimmen gut, die eine Landwirtschaftspolitik verlangt, die stärkere Anreize bietet zu einer Milchproduktion, die auf einheimischem Grasfutter statt ausländischem Krafffutter basiert



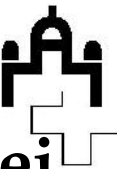
## Dies waren die wichtigen Geschäfte der dritten Sessionswoche im Nationalrat (2/2)

- **Swissness-Vorlage:** Bestimmte Lebensmittel dürfen als "swiss made" verkauft werden, wenn 60% des Gewichts der Rohstoffe für stark verarbeitete Lebensmittel aus der Schweiz stammen. Für schwach verarbeitete Nahrungsmittel gilt ein Mindestanteil von 80%
- **Kreditkarten. Strengere Vorschriften zur Bekämpfung der Verschuldung von jungen Erwachsenen:** Unter 25-Jährige sollen Kreditkarten nur mit gewissen Einschränkungen benutzen können. Mit dieser Massnahme will der Nationalrat verhindern, dass die jungen Leute sich verschulden. Der Vorstoss verlangt, dass das Konto von unter 25-Jährigen belastet wird, sobald sie mit Plastikgeld bezahlt haben. Eine Zahlung soll nicht möglich sein, wenn der Kontostand im Minus oder bei Null ist, und der Kontostand soll in Echtzeit angezeigt werden

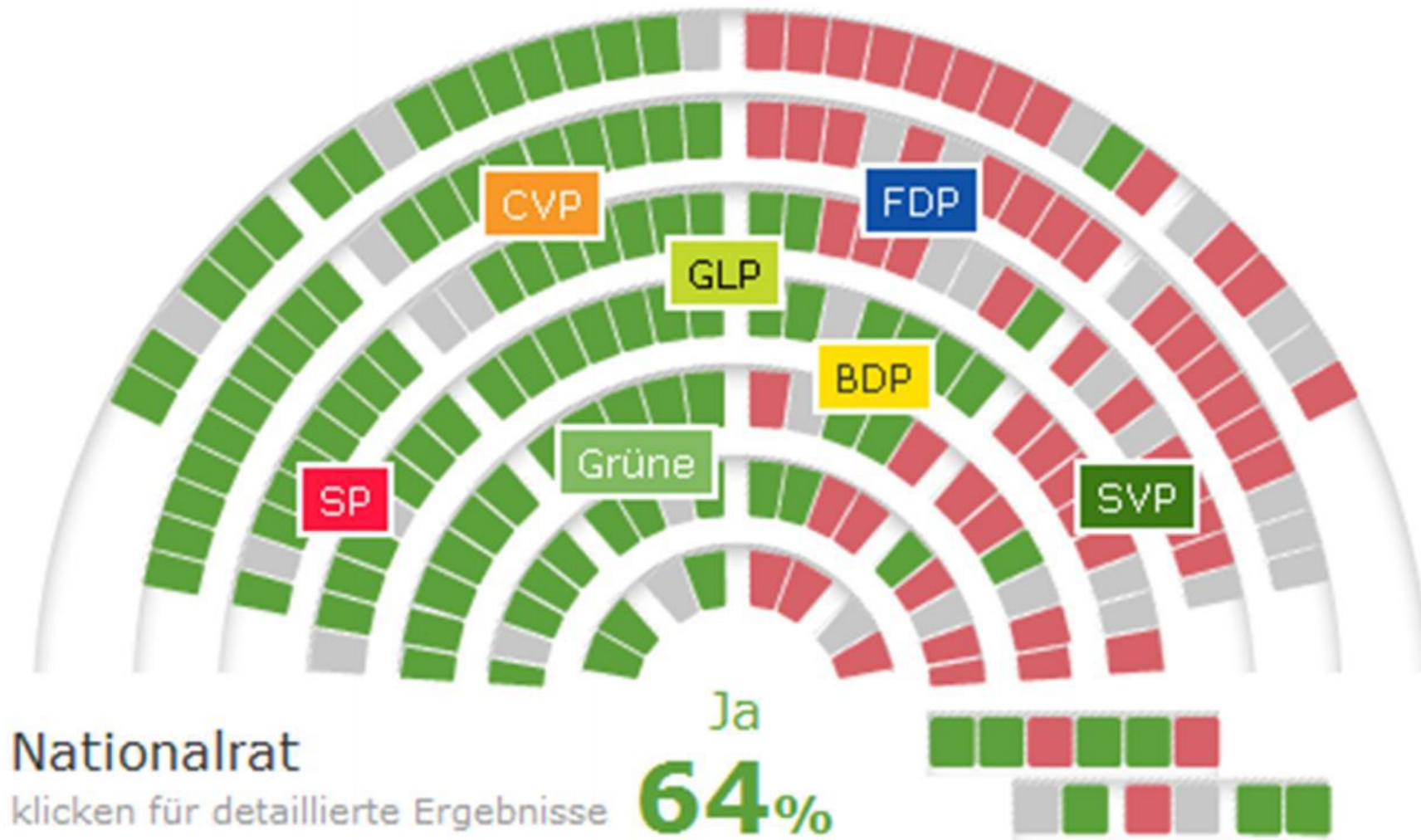


# Dies waren die wichtigen Geschäfte der dritten Sessionswoche im Ständerat

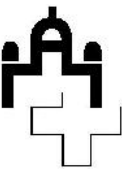
- **Wahl Bundesrichter:** Die Vereinigte Bundesversammlung hat am Mittwoch der letzten Sessionswoche bei der Wahl eines nebenamtlichen Bundesrichters den Anspruch der SVP missachtet und mit 108:100 Stimmen die den Grünen nahestehende Isabelle Fellrath anstelle des SVP-Kandidaten Michel Bergmann gewählt
- **SVP-Motion zur Verknüpfung von Entwicklungshilfe an die Kooperation im Asylbereich:** Mit 25:17 Stimmen hat der Ständerat die Motion abgelehnt. Am vergangenen Donnerstag hatte er der Motion mit Stichentscheid des Präsidenten noch zugestimmt. Da jedoch bei der Abstimmung oder beim Zählen der erhobenen Hände ein Fehler unterlaufen war, musste die Abstimmung wiederholt werden. Mit dem Nein ist die Motion vom Tisch



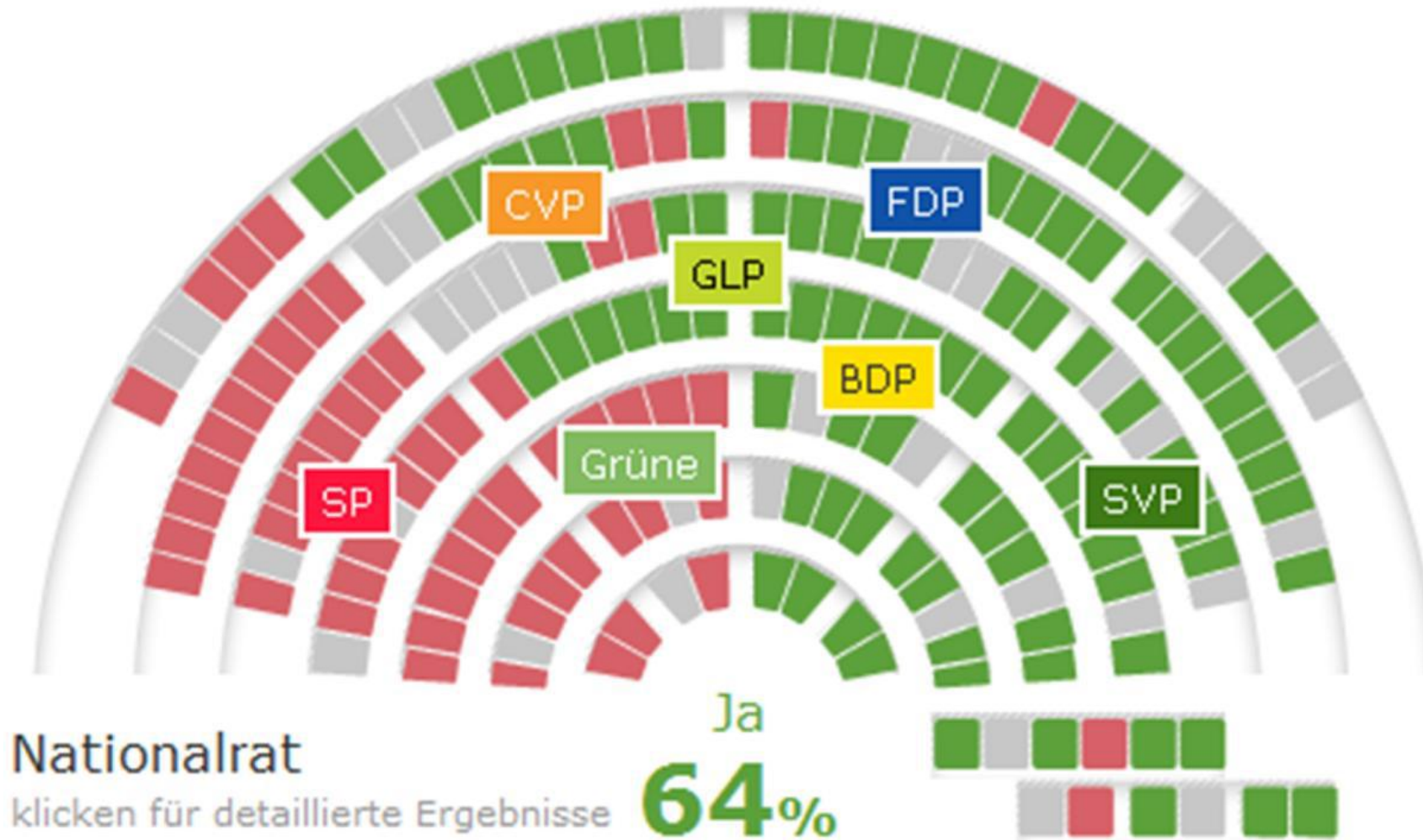
# Der Bund soll bei öffentlichen Aufträgen gegen Lohndumping bei Unteraufträgen vorgehen

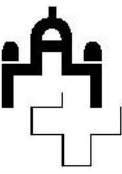




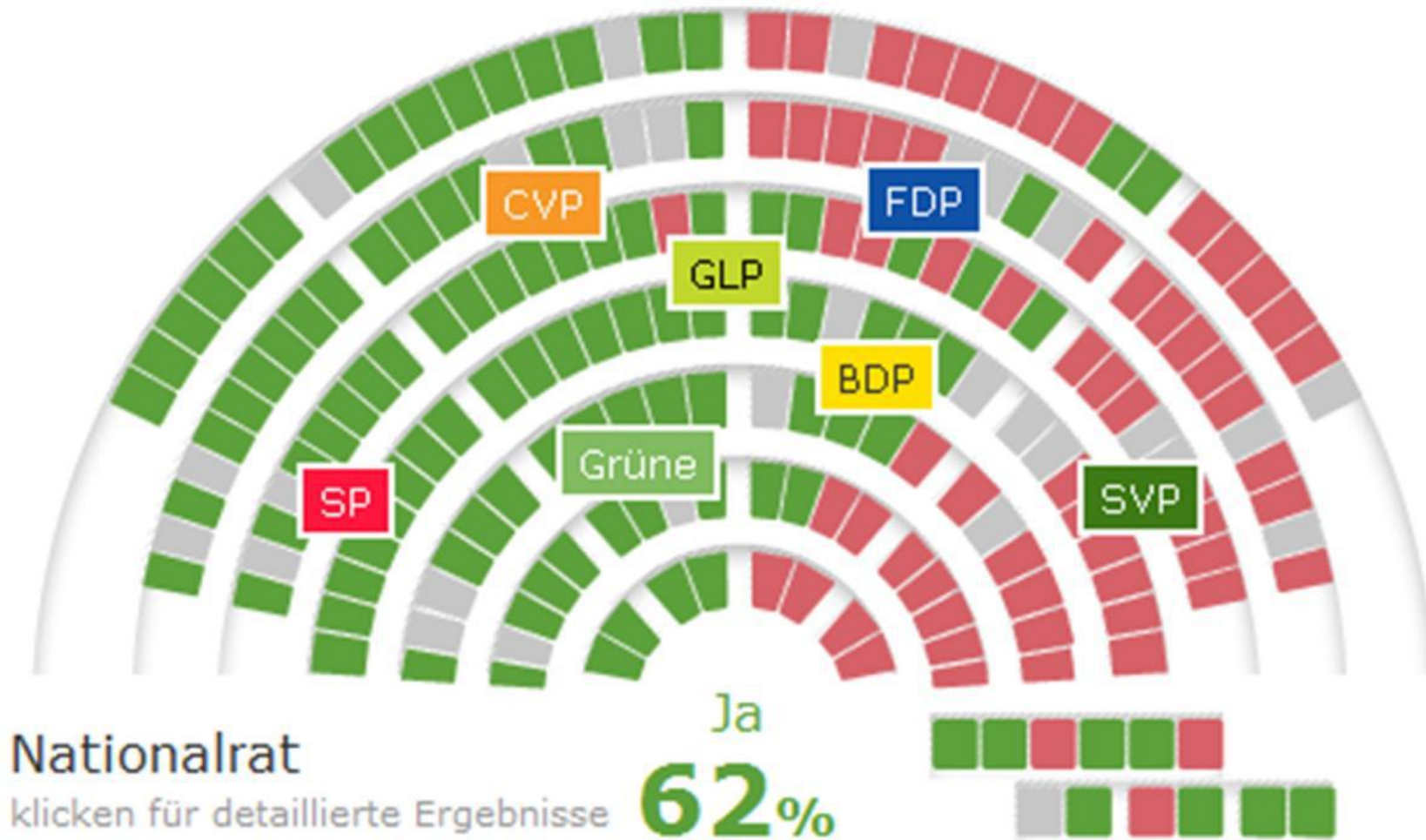


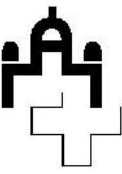
# Bundesangestellte sollen nicht automatisch eine Lohnerhöhung bei nur durchschnittlichen Leistungen erhalten



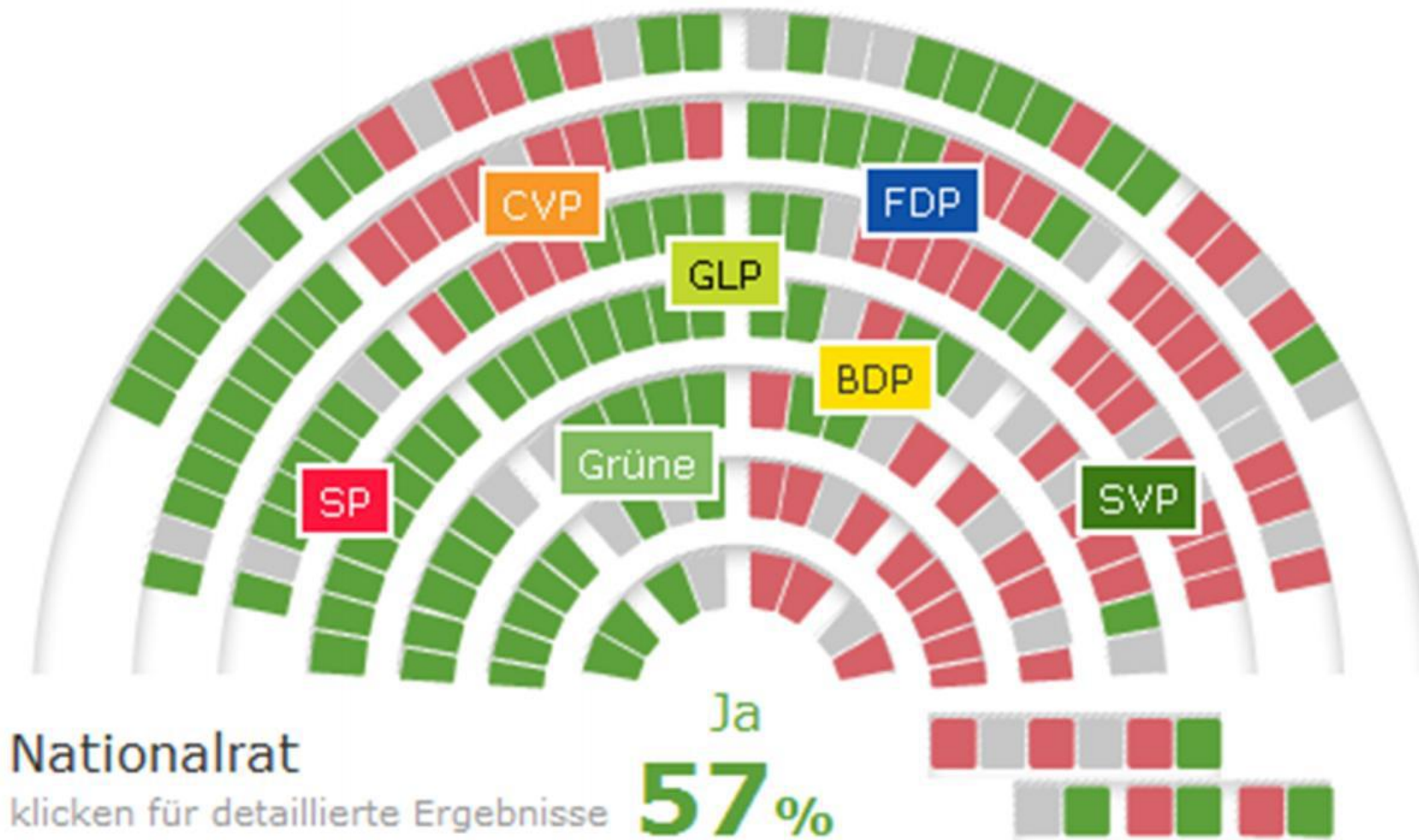


**Künftig soll auch auf den Lohnanteilen, die 315'000 Franken übersteigen, ein ALV-Solidaritätsprozent erhoben wird**



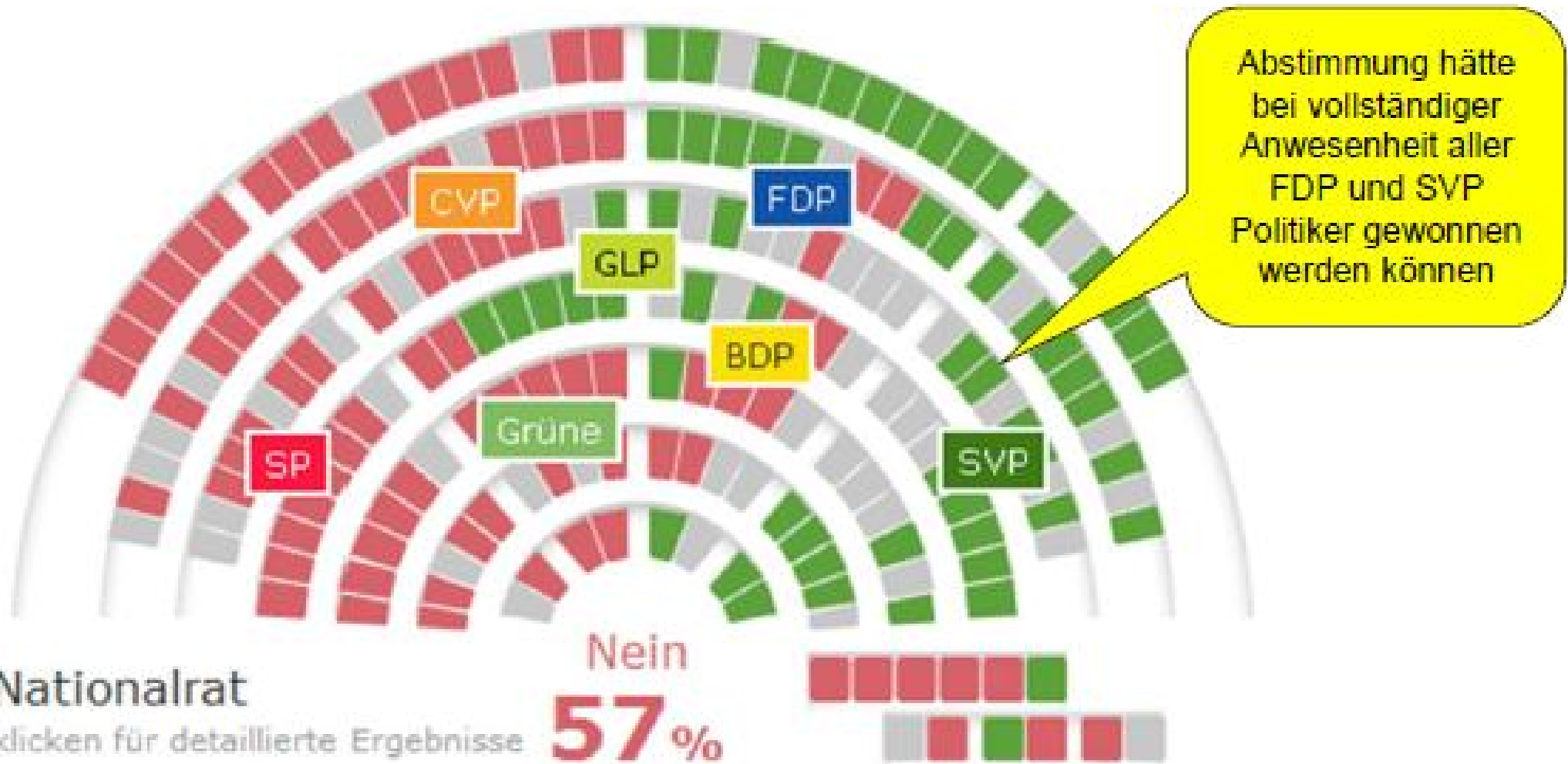


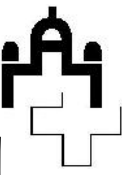
# Der Nationalrat fordert stärkere Anreize für Milchproduktion basierend auf einheimischem Grasfutter statt ausländischem Kraftfutter





# Unter 25-Jährige sollen neu Kreditkarten nur mit gewissen Einschränkungen benützen können





# Im Plenum des Nationalrats sprach ich bereits mehrmals, sowohl als Kommissions- als auch als Fraktionssprecher



Votum im Rahmen der  
ausserordentlichen Session  
„Wiederherstellung der  
Glaubwürdigkeit der  
Schweizerischen Nationalbank“

Kommissionssprecher für das  
Traktandum „Lohnentwicklung im  
Bundespersonalrecht“



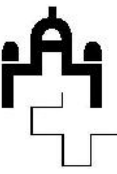
# Das untenstehende Beispiel zeigt das Wortprotokoll meines Votums zur „Lohnentwicklung im Bundespersonalrecht“


Antisches Bulletin – Die Wortprotokolle von Nationalrat und Ständerat

Parlament | Casa Viola | Antisches Bulletin | Suche | Abkürzungen | Geschichte | Impressum | Kontakt

<p><a href="#">12.5147</a> <b>Fragestunde:</b> Frage von Singer Christian: Kosten und Vorteile des Umnutzes des Gotthard-Eisenbahntunnels als Straßentunnel</p> <p><a href="#">12.5148</a> <b>Fragestunde:</b> Frage von Singer Christian: Anpassung der Halbpflichtsumme für AKW ein Jahr nach Fukushima?</p> <p><a href="#">12.5149</a> <b>Fragestunde:</b> Frage Carobbio Guscetti Marco: Ist der Tourismusverkehr zu den Brissago-Iseln infrage gestellt?</p> <p><a href="#">11.876</a> <b>IMP, Genehmigung</b> der Guoten- und Governancereform</p> <p><a href="#">11.1217</a> <b>Motion FK-NR (10.075):</b> Aufgabenüberprüfung</p> <p><a href="#">11.385</a> <b>Ständeeininitiative Tessin</b></p> <p><a href="#">11.3250</a> <b>Neuverhandlung</b> der Grenzängerevereinbarung und Rückvergütung eines Gross der Quellensteuer-Ausgleichs zu an der Tessin</p> <p><a href="#">11.4840</a> <b>Motion WaK-NR (10.502):</b> Stopp dem Lohndumping und dem Missbrauch bei Unteraufträgen</p> <p><a href="#">11.4845</a> <b>Motion FK-NR (11.041):</b></p>	<p>Nationalrat - Frühjahrsession 2012 - Dritte Sitzung - 12.03.12-14h30 Conseil national - Session de printemps 2012 - Troisième séance - 12.03.12-14h30</p> <p style="text-align: right;">vorheriges Geschäft - nächstes Geschäft +</p> <p>11.4049</p> <p><b>Motion FK-NR (11.041): Lohnentwicklung im Bundespersonalrecht</b></p> <p><b>Motion CdF-CN (11.041): Evolution du salaire dans la loi sur le personnel de la Confédération</b></p> <p><a href="#">Einschubdatum 25.11.11</a> <a href="#">Date de dépôt 25.11.11</a> <a href="#">Nationalrat/Conseil national 12.03.12</a></p> <hr/> <p><b>Aeschi</b> Thomas (V, ZG), für die Kommission: Schon seit längerem ist bekannt, dass bei der Entlohnung des Bundespersonals gewisse Flexibilitätsprobleme bestehen. In der Bundespersonalverordnung ist in Artikel 17 festgelegt, dass jeder Mitarbeiter in eine der folgenden vier Kategorien eingeteilt wird. Beurteilungstufe 4, übertrifft die Ziele deutlich; Beurteilungstufe 3, erreicht die Ziele vollständig; Beurteilungstufe 2, erreicht die Ziele weitgehend; Beurteilungstufe 1, erreicht die Ziele nicht. Unter Artikel 39 ist die Lohnentwicklung dieser vier Beurteilungsstufen in einem relativ engen Korsett wie folgt festgelegt: Bei der Beurteilungstufe 4 ist nur eine jährliche Erhöhung des Lohnes um 4 bis 5 Prozent bis zum Höchstbetrag der Lohnklasse möglich; bei der Beurteilungstufe 3 nur eine jährliche Erhöhung des Lohnes um 2,5 bis 3,5 Prozent bis zum Höchstbetrag der Lohnklasse; bei der Beurteilungstufe 2 nur eine jährliche Erhöhung des Lohnes um 1 bis 2 Prozent bis zum Höchstbetrag der Lohnklasse; bei der Beurteilungstufe 1 eine jährliche Senkung des Lohnes um höchstens 2 Prozent des Höchstbetrages der Lohnklasse. Die Finanzkommission des Nationalrates ist der Meinung, dass den Vorgesetzten in der Bundesverwaltung bei der Lohnentwicklung eine grössere Flexibilität, als die oben geschildertes Bandbreiten sie zulassen, zugestanden werden müsste, dies selbstverständlich unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Kosteneutralität. Weiter müsste den Vorgesetzten mehr Spielraum eingeräumt werden, damit sie ihre Führungsrolle auch wahrnehmen können. Neu soll die Erbringung einer genügenden oder vollen Leistung neben den Beurteilungstufen 2 und 3 nicht mehr zu einer automatisierten Lohnsteigerung führen, wie dies bisher der Fall gewesen ist. Mit dem Inkraft-</p>
---	---

- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  - 3. Besuch im Bundeshaus**



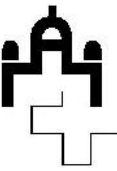
# Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

Die verbleibenden Sessionen finden im Jahr 2012 an folgenden Daten statt:

- **Sommersession: 28. Mai – 15. Juni**
- **Herbstsession: 10. – 28. September**
- **Wintersession: 26. November – 14. Dezember**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe mit 10 bis max. 40 Personen:**
  - Anmeldung unter [besucherdienst@parl.admin.ch](mailto:besucherdienst@parl.admin.ch) oder 031 322 85 22
  - Führungszeiten täglich um 09.30, 10.30, 14.00 und 16.00 Uhr
- **Als Einzelperson oder Gruppen bis max. 4 Personen:**
  - E-Mail an mich: [thomas@aeschi.com](mailto:thomas@aeschi.com)
  - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Eintritt in der Wandelhalle



**Haben Sie Fragen?**